Berliner Tageblatt

XVII. Jahrg. Nr. 6 — Juni 1928

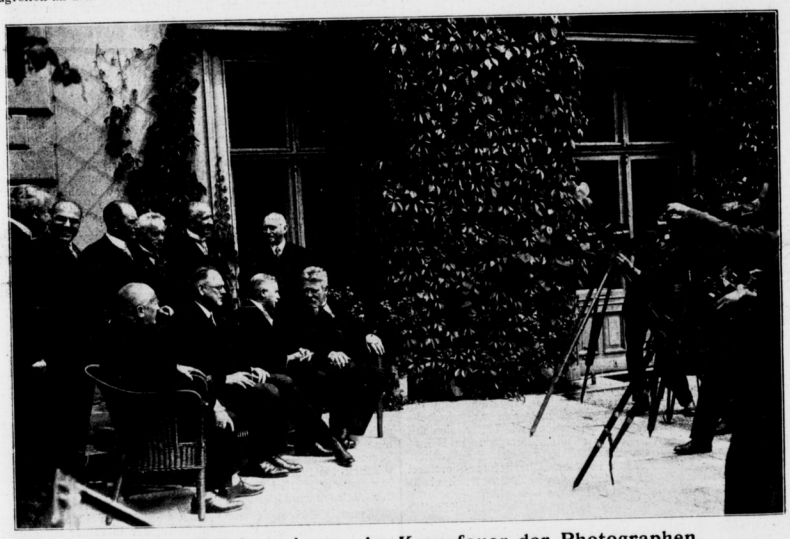
Bezugspreis fest für Jahresdauer einschliesslich Porto: Inland: M. 8,40, Ausland: Aegypten 8 sh, Argentinien 3 Pesos p., Belgien 14 Belga, Brasilien 16 Milreis, Bulgarien 80 Leva, Chile 15 Pesos p., China 2 $ U. S. A., Dänemark 7,50 Kr., Estland 800 Emk., Finnland 80 Fmk., Griechenland 160 Drachmen, Grossbritannien u. Kolonien 8 sh, Holland u. Kolonien 5 fl., Italien 35 Lire, Japan 4 Yen, Jugoslawien 110 Dinar, Lettland 10 Lat., Litauen 20 Lit., Norwegen 7,50 Kr., Oesterreich 14 Schilling, Paraguay 4 Pesos p., Peru 5,50 Soles, Polen 17,50 Zloty, Portugal 30 Escudos, Rumänien 325 Lei, Schweden 7,50 Kr., Schweiz 10 Schw. Fr., Spanien 12 Pesetas, Tschechoslowakei 65 Kc., Türkei 8 sh, Ungarn 11 Pengö, U.d.S.S.R. 4 Rubel, Vereinigte Staaten (U.S.A.) 2 $, Zentralamerika 2 $ U.S.A. Anzeigen f. d. 12 gespaltene Nonpareillezeile (Rudolf Mosses Zeilenmesser 4) 0,60 M., Rubrik Deutsche Waren 0,75 M. f. d. 27 mm breite Zeile nach besond. Tarif. Alleinige Anzeigenannahme: Annoncen-Exped. Rudolf Mosse, Berlin SW 19, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hamburg, Karlsruhe i. B. Köln a. Rh., Leipzig, Magdeburg Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Amsterdam, Basel, Budapest, Bukarest, London, Mailand, Prag, Warschau, Wien, Zürich. — Druck u. Verlag Rudolf Mosse, Berlin. — Telegr.-Adresse: „Berlibla" Berlin. — Rudolf Mosse-Code.

Monats-Ausgabe für Ausland und Uebersee

Zur Zeitgeschichte.

Die neue Reichsregierung.

Am Geburtstag einer mir bekannten, ungemein stattlichen und daseinsfrohen jungen Dame wird immer wieder erzählt, wie sie nur unter Fährlichkeiten als Zangengeburt auf die Welt kam und über ein unsicheres Provisorium im Brutofen hinweggebracht werden musste. Jetzt strotzt sie von Gesundheit und Lebensfülle dank der Entwicklung der in ihrem Organismus beschlossenen Energien. Es gibt allerlei Gründe, ein gleiches Schicksal dem neuen Kabinett Müller zu prophezeien, dem personelle und sachliche Vorbedingungen für kräftige Entfaltung und erspriessliche Leistung genug gegeben sind, um das missliche Theater bei seiner Entstehung bald vergessen zu machen — eine Vorstellung, bei der es freilich so wenig an ungeschickter Regie wie an Intriganten gefehlt hat. Seine Zusammensetzung aus Persönlichkeiten von politischer Qualität, zwischen die nicht, wie beim vorigen Rechtskabinett, gerade an wichtigen Stellen einige klägliche Nullen gesprengt sind, lässt erwarten, dass es sich die dauernde parlamentarische Sicherung durch kräftiges Zugreifen an dem Werke demokratischer innerer Umstellung und geradliniger und geradsinniger Fortsetzung der Aussenpolitik rasch erarbeiten wird. Sind Verärgerungen der Stunde über vernünftigem Arbeiten vergessen, so sind die ausstehenden Portefeuilleverschiebungen doch nur eine Kleinigkeit der Tatsache gegenüber, dass die Regierung eine vom Willen der Nation getragene, den in der Wahl bekundeten Tendenzen der Volksmehrheit entsprechende Regierung ist. Das Parlament der Republik, so viele Kinderschuhe es noch auszutreten hat, müsste von allen guten Geistern verlassen sein, wenn es nicht diesen Tendenzen, die deutlich auf die Grosse Koalition hinweisen, durch nachhelfende Abstimmungen Rechnung zu tragen wüsste. Die Grosse Koalition, die in Wirklichkeit schon da ist, harrt nur in stetigem Wollen und Handeln der Bestätigung und bedarf nicht eines bureaukratischen Schöpfungsaktes. Man redet so viel vom Primat der Aussenpolitik. Die Reichstagswahl vom 20. Mai ist vor allem eine Volksabstimmung über die Aussenpolitik gewesen. Ihr erster Ertrag war, dass die Männer abgeschoben sind, die durch innere herzhafte Vorbehalte zu zaghaften „Richtlinien" eine Art Vertrauenskrise und damit die Stagnation auf dem aussenpolitischen Gebiet verschuldet haben. Die Aufgaben, die innerhalb der Lebenszeit des neuen Reichstags auf diesem Gebiete vor uns liegen, sind von kapitaler Wichtigkeit; man braucht nur an die Fragen der Rheinlandräumung und der endgültigen Dawes-Regulierung zu denken. Darum ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir nun eine Regierung haben, die, auf die nationale Willenskundgebung gestützt, imstande ist, auf diesem heiklen Boden handlungsfähig und verhandlungsfähig aufzutreten. Das Kabinett, das Chancen hat, unter Stärkung der Stellung Deutschlands an der gemeineuropäischen Aufgabe der Friedenssicherung mitzuwirken, ist da und kein nationales Interesse spricht dafür, es nur als ein „Uebergangskabinett" betrachten zu wollen.



Die neue Reichsregierung im Kreuzfeuer der Photographen.

Der neue Kellogg-Pakt.

Von einem Gesichtspunkte aus möchte man fast bedauern, dass der neue Reichskanzler Hermann Müller nicht wie in einem früheren Stadium seiner Laufbahn das Aussenportefeuille innehat. Wir hätten es dann vielleicht erlebt, dass der Mann, der vor gerade neun Jahren das Opfer gebracht — unter Zurückweisung der berühmten goldenen Siegerfeder —, seinen Namen unter den Versailler Vertrag zu setzen, nun zusammen mit den damaligen barbarischen Ausbeutern des kriegerischen Erfolges den auf keinen Widerstand mehr stossenden amerikanischen Kriegsächtungspakt unterzeichnete. Neun Jahre, und welch ein Unterschied, und welch ein Weg! Ein Unterschied, fast zu gewaltig, als dass man glauben könnte, dass die Unterschrift von allen mit derselben herzlichen Bereitwilligkeit wie von uns geleistet wird. Man soll sich nicht darüber täuschen, dass der Pakt einen psychologischen Zustand der Regierungen, der zum Teil erst noch im Werden ist, als schon vollzogen voraussetzt. Aber auch nicht darüber, dass diese Entwicklung mehr noch als durch die mit fabelhafter Bestimmtheit ausgenutzte heutige Autorität Amerikas durch den Geist der Völker vorwärtsgeschoben wird, die nicht mehr Schlachtopfer einer Handvoll Diplomaten sein wollen. Der Pakt kann dazu mithelfen, dass, durch diesen Friedenswillen der Millionen gedrängt, der Widerspruch beseitigt wird, in dem das heutige Gesicht der Welt zu seinem Ideale steht. Das will sagen, dass die militärischen Bündnisse beseitigt werden, für die unter ehrlich den Krieg verfemenden Völkern kein Raum mehr da ist, und dass die allgemeine Abrüstung, über die man bisher nur geredet hat, um ihr aus dem Wege zu gehen, zur Tatsache wird; denn der Kriegsächtungspakt darf, das ist sicher vor allem Mr. Kelloggs Wille, kein Prohibitionsgesetz mit der Schnapsflasche in der hinteren Hosentasche sein. Der amerikanische Staatssekretär vertraut mit Recht auf die fortwirkende Kraft des von ihm vertretenen grossen Gedankens, und er hat gegenüber den Versuchen, den Pakttext abzuschwächen, rühmliche Standhaftigkeit gezeigt. Logischerweise sollten wir hoffen dürfen, von seiner Seite besondere Unterstützung der deutschen Vorschläge zur Kriegsverhütung zu erfahren, über die eben jetzt auf der Genfer Sicherheitstagung beraten wird. Ihre Annahme wäre das Mittel, den Bremsklotz des Sicherheitsvorwandes vor dem Abrüstungswagen zu beseitigen, und würde jene Friedenssicherung schaffen, welche die ideelle Kriegsächtung erst zur Realität werden lässt.

Worte und Taten.

Man ist auf der anderen Seite des Ozeans ziemlich gewöhnt, das kleine Europa als einen geographischen Gesamtkörper zu betrachten, sich nur mit den grösseren Mächten im diplomatischen Getriebe abzugeben und über die kleinen ganz hinwegzusehen. Ueber sie wird nicht viel nachgedacht, obwohl die neuere Geschichte Lehren genug dafür geboten hat, dass die Pulverfässer, die die Welt in Brand setzten, meist auf dem Boden der schwächeren Völkerschaften gestanden haben. Mr. Kellogg wollte zuerst nur sechs Unterzeichner zu seinem Pakte haben, und er hat sich wohl nicht allzuviel dabei gedacht, als er auf Frankreichs Wunsch auch die mit diesem verbündeten kleineren Mächte mit hineinnahm. Hat er aber genauer auf das hingehört, was sich soeben auf der Budapester Konferenz begeben hat, so dürfte er doch einigermassen über die Unbekümmertheit stutzig geworden sein, mit der sich dort die Kleine Entente, noch ehe sie unterzeichnet hat, als das Enfant terrible der Kriegsächtungsgemeinschaft geriert hat. Welche Frivolität liegt in einer Politik, die sich in diese Gemeinschaft hineindrängt und zugleich in einem feierlichen Communiqué, das eine sehr deutliche Kriegsdrohung gegen die bekannten Revisionswünsche der Ungarn enthält, den Bruch der zu übernehmenden Verpflichtung ankündigt! Dasselbe Communiqué hat die Besserung der Beziehungen der drei Staaten zu Deutschland festgestellt, eine Entwicklung, deren wir uns aufrichtig freuen und der wir weiteren Fortgang wünschen. Aber das kann uns nicht abhalten, einen Widerspruch zwischen Worten und Taten zu brandmarken, der eine von uns gebilligte Friedenspolitik gefährdet, genau wie wir nicht aufhören, auf das Schlangennest der Widersprüche, das von den Grossen in der Genfer Abrüstungskommission gehegt wird, protestierend und warnend hinzuweisen.

Der stabilisierte Franc.

Es ist zwar nicht das Wunder der „Rentenmark", das sich in Frankreich wiederholt hat, denn es galt dort nicht, mit einem Male die Landeswährung nach einem so abgrundtiefen Fall wiederaufzurichten, wie es bei uns der Fall war. Aber das Wunder, das Poincaré vollbracht hat und das die Wurzel seines Erfolges bei den Aprilwahlen gewesen ist, war eben, dass er den Franc vor dem endlosen Abgleiten, das ihm eine Zeitlang drohte, überhaupt bewahrt hat, ehe er ihn stabilisierte. Er hat seinem Lande einen grossen Dienst erwiesen trotz der natürlichen Klagen über die Wirkungen der Deflation. Aber merkwürdig ist, dass die Steigerung seines persönlichen Prestiges, die er dem Aufwande erstaunlicher Energie und Geschicklichkeit verdankt, ihm doch nur eine fragwürdige Fortsetzung der Regierungsführung über die Sommerferien hinüber ermöglicht. Das Vertrauensvotum, das ihn trägt, wäre ihm vielleicht zu anderer Jahreszeit versagt geblieben. Durch die Fehler, die er in der Elsass-Politik begangen, und das Schweigen über seine allgemeinen politischen Absichten, das viele als hochmütig empfinden, hat er sich zunächst eine sichere Mehrheit verscherzt. Nirgends aber ist der Versuch, mit Mehrheiten von Fall zu Fall zu arbeiten, so bedenklich als in Frankreich. So kommt es, dass der Minister, der sich durch die Hinausschiebung des Stabilisierungstages mit Leichtigkeit über die Wahlen hinübergerettet hat, nach der Vollendung seiner staatsmännischen Leistung sich erst neues Vertrauen erkämpfen muss, um sich am Ruder zu erhalten.

Wer zieht ins Weisse Haus?

Die beiden Parteikonvente in den Vereinigten Staaten, die oft der Schauplatz langwieriger, spannender und überraschender Abstimmungskämpfe waren, sind diesmal ungewöhnlich langweilig gewesen. Ohne weiteres sind die Favoriten in beiden Lagern, Herbert Hoover und Alfred Smith, der weltkundige Handelsminister des Kabinetts Coolidge und der beispiellos populäre Gouverneur des Staates New York, im ersten Wahlgang mit ungeheurer Mehrheit als Kandidaten aufgestellt worden. Um so interessanter wird nun die Volksentscheidung zwischen den beiden Nominierten, die am 6. November fällt, und auch der vorausgehende monatelange Wahlkampf werden, der schon durch recht temperamentvolle Programmerklärungen eingeleitet worden ist. Der Kampf geht diesmal, was schon lange nicht der Fall war, zwischen zwei wirklich starken Persönlichkeiten. Oder man kann hinzusetzen: Al Smith, der Demokrat, ist wohl die stärkere Persönlichkeit, aber die Republikaner, die hinter Hoover stehen, sind die stärkere Partei, die nur in zwei Fällen seit sechzig Jahren das Rennen verloren hat. Sind wohl auch Hoovers Siegeschancen die grösseren, so bedeutet es doch viel, dass die seines Rivalen, trotzdem er Prohibitionsgegner und Katholik ist, nicht gering angeschlagen werden. Auf dem republikanischen Konto steht die unvergleichliche Prosperität des Landes, aber auch die Feindschaft der Farmerstaaten, denen sie nicht zugute kam, und die Demokraten versprechen sich viel von ihrem Feldzug gegen Kapitalsübermacht und Korruption. Es kann Ueberraschungen geben. Für Europa dürfte der Wahlausfall, so oder so, keinen wesentlichen Unterschied ausmachen; denn die Demokraten sind heute in der Praxis nicht viel freihändlerischer und nicht viel völkerbundsfreundlicher als die Republikaner. Und — unter den einen wie den anderen nimmt die Verlegung des Schwerpunktes des Weltgeschehens dort hinüber ihren Fortgang. Die Erde ist kleiner geworden, aber am meisten ist Europa geschrumpft.

Josef Schwab.